

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Juni 1974

Evangelische Verantwortung

Heft 6/1974

Fragen an das Godesberger Programm

Roman Herzog

Die Frage nach einem verbindlichen Grundkonsens, der die politische Auseinandersetzung in unserem Land steuern und begrenzen kann, stellt sich immer unausweichlicher. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entzieht sich einer verlässlichen Beurteilung durch die weitgehende Tolerierung gegensätzlicher Forderungen und Positionen in ihren Reihen. Der Autor – Mitglied des Bundesvorstandes des EAK und Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD – untersucht im folgenden Beitrag Stellung und Funktion des Godesberger Programms der SPD und dringt auf Eindeutigkeit.

Das Godesberger Programm wird wieder zunehmend diskutiert, seitdem die SPD die Existenz und vor allem das unaufhaltsame Anschwellen linkssozialistischer Tendenzen in ihrem Mitglieder- und Funktionsbestand nicht mehr leugnen kann. Mit dem Godesberger Programm unternahm die SPD seit 1959 den Einbruch in bürgerliche Wählerschichten, der sie letztlich zu ihrem Wahlsieg vom November 1972 führte. Für viele Angehörige der sogenannten Mitte war Godesberg ein sichtbares Zeichen dafür, daß sich die SPD auf den Boden der Tatsachen stellen wollte, die die CDU-Regierungen unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard geschaffen hatten, ja daß sie eigentlich versprach, diese allgemein anerkannten Prinzipien reiner und besser zu verwirklichen als die CDU selbst.

Inzwischen wird nicht einmal mehr in SPD-Kreisen ernstlich bestritten, daß sich das Blatt insoweit gründ-

lich gewendet hat. Programme der Sozialisierung, der umfassenden Investitionskontrolle, der „kalten Sozialisierung“ durch die Steuerpolitik und nicht zuletzt der weltanschaulichen Indoktrination in Schulen und Hochschulen werden von weiten Teilen der SPD offen vertreten. Der Wähler hat in den

Aus dem Inhalt

Fragen an das Godesberger Programm	1
Politik und Bibel Konrad Kraske	3
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	7
Leserbriefe	8
„C“ biebt Chance	10
EAK-Landestagungen im Juni	10
Kurz notiert	11

Bürgerschaftswahlen von Hamburg und in den Kommunalwahlen von Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Nordhessen und Saarland darauf eine vernichtende Antwort geben.

Die Konsequenzen, die aus diesen Vorgängen in der Öffentlichkeit gezogen werden, lassen sich bisher kaum auf einen Nenner bringen. Führende Vertreter der SPD be-

teuern nach wie vor, daß die Partei auf dem Boden von Godesberg stehe. Linke Kräfte in der SPD behandeln das Godesberger Programm teilweise wie einen überholten Fetzen Papier, andere weisen darauf hin, daß sich ihre konkreten Forderungen durchaus mit dem Programm in Einklang befänden. Bruno Friedrich schließlich, der zunehmend in den Vordergrund drängende Ideologe der SPD, fordert offen eine „Godesberger Erneuerung“, was im Klartext kaum etwas anderes bedeutet als die Rückkehr nach Godesberg ohne das gleichzeitige Eingeständnis, daß der Boden von Godesberg inzwischen verlassen worden ist.

In dieser Situation ist es für die CDU/CSU unumgänglich, sich erneut mit dem Godesberger Programm auseinanderzusetzen – und diese Auseinandersetzung offensiv zu führen. Es gibt, wie die Dinge liegen, nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist das Godesberger Programm wirklich das, wofür es ein- einhalb Jahrzehnte ausgegeben wurde, nämlich das von Marxismus und Sozialismus abrückende Programm einer auf dem Boden einer offenen Gesellschaft stehenden linken Partei – dann hat es für die heutige SPD bestenfalls noch Erinnerungswert. Oder es deckt auch die Entwicklung, die weite Teile der SPD in den letzten Jahren genommen haben – dann ist es nie gewesen, wofür es ausgegeben wurde.

Deckmantel für Gegensätze

Die Antwort kann heute nur dahin gehen, daß das Godesberger Programm von Anfang an alle denkbaren Wege offenhielt, d. h. daß es der Vertuschung fortbestehender Gegensätze diene. Keine Beschönigung kann darüber hinwegtäuschen, daß es in vielen zentralen Fragen mehrdeutig formuliert ist

und daß tatsächlich viele von den ultralinken Forderungen, die in der SPD heute erhoben werden, mit ihm vereinbar sind.

Das wird schon im Grundsätzlichen deutlich. Im Godesberger Programm steht an zentraler Stelle der folgende Satz: „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt“. Diesen Satz kann man auch als politisch Andersdenkender akzeptieren, wenn er so auszulegen ist, daß die Idee der Demokratie auch durch eine Politik des „demokratischen Sozialismus“ erfüllt werden kann. Er wird aber zur ideologischen Anmaßung, wenn er bedeuten sollte, daß sie nur durch den „demokratischen Sozialismus“ verwirklicht werden kann. Der Text von Godesberg läßt für sich gesehen beide Deutungen zu. Seit der Rede, die Willy Brandt im Herbst 1973 in Bad Segeberg gehalten hat, weiß das deutsche Volk jedoch, daß in Wirklichkeit gerade diese ideologische Anmaßung gemeint ist.

Wer nun etwa der Meinung wäre, daß es sich bei dieser Unklarheit des Godesberger Programms um ein Redaktionsversehen handeln müsse, der muß sich entgegenhalten lassen, daß ähnliche, nicht minder fatale Unklarheiten an vielen anderen Stellen bestehen. Hier nur einige Beispiele:

1. Im Blick auf die Wirtschaft sagt Godesberg: „Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen.“ Das kann akzeptiert werden, wenn öffentliche Kontrolle etwa die Überwachung zur Verhütung von Mißbräuchen ist. Es kann nicht akzeptiert werden, wenn Steuerung durch Regierung und Bürokratie gemeint ist.

2. An einer anderen Stelle heißt es über den Staat: „Er... soll sich im wesentlichen auf Methoden der mittelbaren Beeinflussung der Wirtschaft beschränken.“ Das kann akzeptiert werden, wenn die bisherigen Methoden der Wirtschaftspolitik, selbstverständlich auch fortentwickelt, gemeint sind. Es kann z. B. nicht akzeptiert werden, wenn auch eine umfassende Investitionskontrolle gemeint ist, wie sie schon Godesberg an anderer Stelle ausdrücklich fordert.

3. Godesberg bekennt sich zur Marktwirtschaft, „wo immer wirklich

Wettbewerb herrscht.“ Das ist exakt die ordnungspolitische Konzeption der CDU. Sie wird aber fragwürdig, wenn eine Inflationspolitik, für die die SPD mitverantwortlich ist, die Konzentration in der Wirtschaft förmlich erzwingt und so selbst die Bedingungen schafft, unter denen auch die Godesberger SPD von der Marktwirtschaft abzuweichen bereit war.

4. Nach Godesberg ist das „Gemeineigentum“ eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein ordnender Staat verzichtet.“ Das leugnet an sich auch die CDU nicht. Aber Godesberg schweigt darüber, ob das Gemeineigentum aus freier Initiative entstehen soll oder ob es auch durch Sozialisierung erzwungen werden kann. Und weiter: Gemeineigentum ist nicht nur eine Form öffentlicher Kontrolle, sondern es bedarf auch selbst der öffentlichen Kontrolle!

5. Ein letztes Beispiel: Godesberg bekennt sich in seinen gesundheitspolitischen Aussagen zum „freigewählten Arzt“. Das ist ohne weiteres zu akzeptieren. Aber die zweite, nicht weniger wichtige Aussage fehlt: das Bekenntnis zum freiberuflichen Arzt.

Eindeutige Antworten erforderlich

Angesichts dieser Präzisionslosigkeit in vielen zentralen Fragen braucht es niemanden zu verwundern, daß Herbert Wehner schon auf dem Godesberger Parteitag versichern konnte, die SPD werde durch ihr neues Programm nicht gehindert, das politisch Notwendige zu tun. Ihm, dem großen Strategen der SPD, war schon damals bewußt, daß der Weg von Godesberg aus ebenso gut nach links wie in die Mitte, ja selbst auf dem Umweg über die Mitte wieder nach links gehen konnte.

Der Bürger der Bundesrepublik, dessen Augen für die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus inzwischen geschärft sind, kann sich bei dieser Lage der Dinge weder mit einer „Godesberger Erneuerung“ noch mit einem „Rückzug nach Godesberg“ zufriedengeben. Er wird von den Sozialdemokraten eindeutige Antworten verlangen.

Politik und Bibel

Konrad Kraske

Theologen, Soziologen und Politiker beobachten seit Jahren eine Tendenz der Gesellschaft zur Befrelung von Normen und Sanktionen. Besonders betroffen sind die christlich geprägten Wertvorstellungen, die jahrhundertlang das Leben unserer Gesellschaft bestimmten. Ihrer Demontage werden kunstvolle Systeme und Visionen der Selbsterlösung des Menschen gegenübergestellt. Im folgenden Beitrag geht der Autor der Frage nach, was ihm als Politiker, der zur verantwortungsvollen Entscheidung und zur Gestaltung der Gesellschaft von heute und morgen gerufen ist, die Bibel bedeuten kann und muß.

Im Januar 1949, als die Beratungen über das Grundgesetz unmittelbar vor ihrem Abschluß standen, hielt Eugen Gerstenmaier in der Deutschen Kirche in Stockholm eine Predigt über das berühmte Wort aus dem 13. Kapitel des Römerbriefes „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat“. Der moderne Staat, hieß es da, hätte wohl die Glaubensfreiheit seiner Bürger zu gewährleisten, „den Gehorsam gegen Gottes Gebote aber muß er fordern“. Eine Staatsordnung ohne Transzendenz, eine Staatsgewalt, die nichts davon wissen wolle, daß sie zum Dienste Gottes berufen sei, stürze sich in die permanente Revolution; sie beraube sich ihrer letzten Autorität. Eugen Gerstenmaier ist in dem Dienst, den er unserer Kirche und unserem Land geleistet hat, gewiß nie ein religiöser Schwärmer gewesen; im Gegenteil: Er war immer ein politischer Realist. Gleichwohl konnte er vor nur 25 Jahren mit großer innerer Gewißheit und ganz sicher mit breiter öffentlicher Zustimmung sagen, der Staat müsse von seinen Bürgern den Gehorsam gegen die Gebote Gottes fordern. Können wir das heute noch nachvollziehen? Damals waren die Schrecken des Nationalsozialismus noch so wach, seine blutigen Spuren noch so frisch, daß die Sehnsucht nach festem Halt, das Bedürf-

nis nach sicherem Grund auch und gerade für Staat und Politik verständlich sein mochte. Aber heute? Ausgerechnet der Staat soll etwas mit den Geboten Gottes zu tun haben? Klingt das nicht geradezu schockierend in einer Zeit, die diesem Staat kaum noch das Recht zubilligen will, die Grundnormen seiner eigenen Verfassung durchzusetzen und zu verteidigen? In einer Zeit, in der der Ruf nach radikaler Trennung von Staat und Kirche ertönt? Und wenn das so ist, wenn wirklich Staatsordnung und Transzendenz nach dem Verständnis unserer Tage etwas ganz Verschiedenes sind, was sollen dann Politik und Bibel miteinander zu tun haben?

Um das ganze Wagnis unseres Themas zu ermessen, genügt es schon, an ein paar praktische politische Erfahrungen zu erinnern: Der erbitterte Streit um Westorientierung und Wiederbewaffnung in den 50er Jahren etwa — das war ja nicht nur ein Streit zwischen Regierung und Opposition, zwischen Parteien und Politikern. Die damalige Auseinandersetzung reichte tief in unsere Kirche hinein und drohte sie fast zu spalten. Oder denken wir an die Denkschriften der letzten Jahre, an die Vertriebenen-Denkschrift etwa: Gab es da nicht die heftigsten Kontroversen?

Die Bibel ist eben, um das ganz unmißverständlich an den Anfang unserer Überlegungen zu stellen, weder ein politisches Rezeptbuch, noch auch nur ein moralisches Taschenlexikon, in dem sich von Fall zu Fall nachschlagen läßt, wie man sich zu verhalten und zu entscheiden hat. Die Bibel ist — mit einem Wort von Helmut Thielicke — kein Meßtischblatt, auf dem Gott über alle Kreuzungen und Gabelungen hinweg unseren Weg markiert hat, sie ist ein Marschkompaß: Die Richtung wird uns zwar gewiesen, aber den Weg müssen wir selber finden. Wir werden in der Bibel vergeblich nach situationsbezogenen, sozusagen maßgeschneiderten Rat-

schlägen suchen. Aber sie sagt uns von der ersten bis zur letzten Seite, was es mit dieser Welt und mit uns Menschen auf sich hat, und daraus läßt sich beileibe nicht nur ein allgemeines und am Ende womöglich doch wieder nur ganz unverbindliches Welt- und Menschenbild ableiten. Vielmehr gewinnen wir entscheidende Kategorien, die uns dann durchaus bis zur Lösung eines konkreten Einzelfalles helfen können. Wenn ich — um das zu verdeutlichen — das Evangelium von Jesus Christus gehört und angenommen habe, dann werde ich hoffentlich nie vergessen, daß das Gebot der Nächstenliebe auch vor der Politik nicht Halt macht, so rauh es dort häufig zugehen mag und so sehr es ein schwärmerisches Mißverständnis wäre zu glauben, Kampf und Streit in der Politik ließen sich begraben, wenn nur alle Menschen guten Willens wären.

Botschafter der Liebe — auch in der Politik

Dieses Beispiel mag fürs erste genügen, um zu zeigen, wieviel das biblische Welt- und Menschenbild mit dem Zugang zur Politik zu tun hat. Aber wir können sicher einen guten Schritt weitergehen. Wenn wir glauben, daß Gott Liebe ist (1 Joh. 4,16), wenn also der zentrale Inhalt der biblischen Botschaft Liebe heißt, dann läßt sich das — bei aller Gefahr solcher Verkürzungen — sicher in dreifacher Weise für die Politik entfalten: Christen sind aufgerufen, sich für Frieden, für Gerechtigkeit und für Barmherzigkeit einzusetzen.

Nun wissen wir sehr wohl, daß der Friedensbegriff der Bibel eher eine eschatologische als eine politische Dimension hat, daß es in der Bibel also mehr um Gottes Frieden geht als um den der Menschen. Die Bibel geht ja mit erschreckender

Selbstverständlichkeit davon aus, daß Kriege zum Schicksal dieser Welt gehören. Dennoch richtet sich die wiederholte Mahnung, daß wir dem Frieden „nachjagen“ sollen (2. Tim. 2,22; Hebr. 12,14), ganz gewiß in besonderer Weise an eine Politik, die sich christlich verantworten will. Für Christen wird also erst recht gelten, was heute für jedes vernunftbegabte Wesen gelten muß: daß die Verantwortung für den Frieden in unserer Zeit größer ist als je zuvor. Die Entscheidung allerdings, was in einer konkreten Situation wirkliche Friedenspolitik zu tun erfordert, nimmt uns die Bibel nicht ab. Um das zur Schonung von Empfindlichkeiten an einem historischen Beispiel klarzumachen: Es lohnt sich immer wieder, darüber nachzudenken, wer zwischen 1935 und 1939 in England dem Frieden mehr gedient hat: die radikalen Pazifisten oder diejenigen, die vor der Appeasement-Politik gegenüber Hitler rechtzeitig gewarnt haben.

Aber es geht ja nicht nur um Krieg oder Frieden. Gerade wenn ich an den Weg – und leider allzuoft den Irrweg – unserer Kirche im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert zurückdenke, dann können wir uns gar nicht oft genug darauf besinnen, daß sich die biblische Botschaft nicht an irgendein „ausgewähltes“ Volk richtet, sondern daß sie der ganzen Welt gilt und nur in ihrer Universalität richtig verstanden werden kann. Die Bibel sollte daher ein deutliches Warnzeichen vor jeder Rückkehr in nationalistische Machtpolitik aufrichten. Wer davon gehört hat und daran glaubt, daß Christus für alle Menschen in dieser Welt und damit für alle Völker gestorben und auferstanden ist, der sollte gegen jede nationale oder rassische Überheblichkeit und gegen jedes Freund-Feind-Denken – übrigens auch im innenpolitischen Bereich! – gefeit sein.

Wie der Friedensbegriff der Bibel über unsere Welt hinaus weist, so gilt das sicher auch für das, was

die Bibel unter Gerechtigkeit versteht. Gerade Paulus wird ja nicht müde, uns vor einer Verwechslung unserer irdischen Gerechtigkeit mit jener Gerechtigkeit zu warnen, „die vor Gott gilt, welche kommt aus Glauben in Glauben“ (Röm. 1,17). Aber das kann uns im einen Fall so wenig wie im anderen von unserer eigenen Verantwortung dispensieren. So sehr die Ordnungen, in denen wir leben, die Ordnungen einer gefallenen, einer noch nicht erlösten Welt sind, so sehr sind sie nach biblischem und reformatorischem Verständnis doch Stiftung Gottes, zu unserem Wohle eingesetzt und deswegen in besonderer Weise unserer Verantwortung zugewiesen. Ich weiß nicht, ob man so weit gehen kann wie Karl Barth, der die Gerechtigkeit des Staates in „seiner Existenz als ein Gleichnis, eine Entsprechung, ein Analogon zu dem in der Kirche geglaubten und von der Kirche verkündigten Reich Gottes“ sieht. Aber daß die Christengemeinde „im politischen Raum als solche und also notwendig im Einsatz und Kampf für die soziale Gerechtigkeit steht“, darin stimmen wir sicher mit ihm überein. Hier wird schon deutlich, daß sich Gerechtigkeit nach christlichem Verständnis immer zugleich als soziale Gerechtigkeit zu bewähren hat. Die Forderung nach Barmherzigkeit fügt sich der nach Gerechtigkeit also so unmittelbar an, daß das eine ohne das andere kaum zu denken ist. Dabei richtet Barmherzigkeit unser Auge zuerst auf die, die man heute die „Randgruppen“ der Gesellschaft nennt: auf die alten Menschen und – leider! – die kinderreichen Familien, auf die Behinderten und die Obdachlosen, auf die Gastarbeiter und auf die Hungernden in aller Welt. Und wer wollte leugnen, daß Christen gerade hier eine besondere Verpflichtung haben, in der Politik wie in der Diakonie. Aber das allein, soviel es sein mag, genügt nicht.

Leben im Spannungsfeld ständiger Herausforderung

Irgend jemand hat einmal gesagt, die Christen hätten sich jahrhundertlang damit begnügt, den

Elendszug der Menschheit als Sanitäter zu begleiten; mit anderen Worten: Sie hätten zwar die Elenden versorgt, aber zu wenig getan, um das Elend zu lindern. Wer wollte im Blick auf die Geschichte unserer Kirche diesem Vorwurf widersprechen! Christen sind also im umfassendsten Sinne in die soziale Verantwortung gerufen. Nun macht es uns auch hier die Bibel nicht ganz leicht. So revolutionär sie im theologischen und im anthropologischen Sinne ist, so zurückhaltend äußert sie sich dort, wo es um die Veränderung der sozialen Beziehungen der Menschen untereinander geht. Daß es auf dieser Welt Herren und Knechte, Arme und Reiche, Privilegierte und Unterprivilegierte gibt, das scheint für das Alte wie für das Neue Testament unumstößlicher zu sein als für den ärgsten Reaktionär unserer Tage. Wir wissen allerdings, woher dieser teils naive, teils resignierte Konservatismus rührt: Mindestens das Neue Testament lebt so stark von der Erwartung der nahen Endzeit, von der Hoffnung auf die unmittelbar bevorstehende Auflösung und Überwindung aller irdischen Ordnungen in der endgültigen Gottesherrschaft, daß die Evangelisten und Apostel es wohl für ein ebenso unfruchtbares wie überflüssiges Unterfangen gehalten hätten, irgendwelche Kräfte auf eine nachhaltige und weitreichende Veränderung der politischen oder sozialen Verhältnisse in dieser vergänglichen Welt zu richten. Dies ist ja übrigens eine Einstellung, die keineswegs auf die Urgemeinde beschränkt ist, sondern die tief in die Reformation hineinreicht und das politische Denken Luthers nachhaltig beeinflußt hat. Wir werden uns diese Form des biblischen und des reformatorischen Konservatismus ganz gewiß nicht zu eigen machen. So gut wir wissen, daß wir hier keine „bleibende Statt“ (Hebr. 13,14) haben, so sicher wir die Endlichkeit dieser Welt in Rechnung stellen, so wenig verleitet uns das zu irgendeiner Art von Resignation. Wir verstehen heute die biblische Botschaft sicher nur dann richtig, wenn wir uns in unserer Zeit immer von neuem sehr kritisch fragen, ob die politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, in denen wir leben und auf die wir irgendeinen Einfluß haben, wirklich den

Geboten der Gerechtigkeit und der Solidarität entsprechen und – wenn nicht – auf welche Weise sie geändert werden können. Freilich steht nirgendwo geschrieben, daß wir dabei unsere Vernunft, unsere Erfahrung, unsere Einsicht in das Erreichbare beiseite lassen sollten – im Gegenteil! Aber wohin uns dann unser Sachverstand und unsere politische Erfahrung auch führen, als Christen werden wir immer im Spannungsfeld einer ständigen Herausforderung leben: Wir wissen, daß es Vollkommenheit in dieser Welt nicht gibt; aber wir wissen zugleich, daß wir alles, was wir tun, viel besser machen könnten. Diese Erkenntnis sollte uns vor Selbstüberhebung ebenso bewahren wie vor Illusionen und Utopien. Sie sollte uns zu sehr viel Bescheidenheit und Nüchternheit verhelphen.

Auch jede an der Bibel orientierte Entscheidung kann am Ende nur meine Entscheidung sein, die nicht meine Kirche, meine Partei oder wer auch immer, sondern die ich ganz persönlich zu vertreten und zu verantworten habe. Und dabei kann es natürlich vorkommen – es kommt ja oft genug vor! – daß ein anderer mit derselben Bibel in derselben Situation zu einem ganz anderen Ergebnis kommt als ich. In einem solchen Fall werde ich meine Auffassung sicher mit Nachdruck und Entschiedenheit vertreten, aber ohne dadurch in meiner eigenen Überzeugung irre zu werden, weiß ich hoffentlich, daß möglicherweise nicht ich, sondern der andere recht hat. Prinzipielle Ausschließlichkeitsansprüche stehen jeder Partei schlecht an, meiner eigenen am schlechtesten!

Wer eine Versicherungspolice für ein friedliches und problemloses Leben sucht, wird sich weder auf die Bibel, noch auf die Politik einlassen dürfen. Aber das Gegenteil, die fromme Weltflucht, war noch nie eine wirkliche christliche Tugend. So wenig uns die Bibel im einzelnen sagt, was wir in unserer Verantwortung für diese Welt und unseren Nächsten zu tun haben, – daß wir in diese Verantwortung gerufen sind, daran läßt sie keinen Zweifel. Selbst dem geschlagenen, versklavten, vertriebenen Volk Israel, das von Nebukadnezar in Babylon gefangen gehalten wird, läßt Gott durch den Propheten

Jeremia sagen „Suchet der Stadt Bestes“ (Jer. 29,7). Und wenn das damals für die Stadt der verhaßten Feinde, für die eigene Zwingburg galt, wer wollte da heute unter uns glauben, er könnte sich an der Aufforderung vorbeidrücken, seiner Stadt und seines Landes Bestes zu suchen? Er mag das politisch begründen – biblisch begründen kann er es sicher nicht! Der biblische Glaube wirft uns ja eben nicht auf uns selbst zurück; im Gegenteil: Er verweist uns an unseren Nächsten. Der Ruf zur Verantwortung für den Nächsten aber ist bereits ein unüberhörbarer Ruf zur politischen Verantwortung!

Politische Verantwortung in einer Christlichen Partei?

Ich hätte die Sorge, etwas schuldig zu bleiben, wenn ich nach so vielen Anmerkungen über Christen in der Politik nicht erklärte, wie ein Christ zu einer Partei mit dem höchst mißverständlichen Namen Christlich Demokratische Union kommt. Für mich hängt dieser Name untrennbar mit der Wende des Jahres 1945 zusammen, von der ich eingangs sprach. Damals nahm übrigens auch kaum einer irgendwelchen Anstoß am Namen der CDU und an dem Versuch, der damit gekennzeichnet sein sollte. Selbst unsere Kirche erklärte auf ihrer ersten Kirchenkonferenz im August 1945 in Treysa, die Kirche sei zwar ihrem Wesen nach nie Partei, dies schlosse aber nicht aus, daß sie die Bildung einer politischen Partei, die sich selbst auf christliche Grundsätze verpflichte, mit Wohlwollen aufnehme. Ich meine, daß ein so überzeugender geschichtlicher Hintergrund, wie ihn die CDU hat, niemanden zu veranlassen braucht, sich heute an dem Namen dieser Partei zu stoßen und zu reiben, nur weil es inzwischen – nicht zu allerletzt durch das Wirken der CDU – eine weit über Parteigrenzen hinausgreifende Überzeugung ist, daß Christentum und Politik etwas miteinander zu tun haben. Bei ihrer Gründung 1945 stand die CDU mit dieser Überzeugung noch ziemlich allein. Mich haben in den Nachkriegsjahren Männer wie Hermann

Ehlers und Robert Tillmanns davon überzeugt, daß sich christliche Verantwortung für die Politik zwar ganz gewiß in jeder demokratischen Partei wahrnehmen läßt und daß es da nicht die mindesten Monopolansprüche gibt; daß aber doch vieles dafür spricht, den Versuch zu wagen, aus dieser gemeinsamen Verantwortung das einigende Band einer großen, weitgespannten Volkspartei zu machen. Wenn nun jemand fragt, ob denn etwa alles, was diese Partei in fast 30 Jahren geleistet und versäumt hat, das Ergebnis christlicher Verantwortung gewesen sei, dann kann ich nur antworten: ganz gewiß nicht. Aber daß sich die CDU mit ihrem Namen und mit ihrer politischen Idee unter eine Herausforderung stellte, der sie nie ganz würde gerecht werden können, das haben schon ihre Gründer gewußt.

Wo es nicht um letzte Wahrheiten geht, sind Christen wie Demokraten auf den Pluralismus der Meinungen angewiesen, die miteinander im Wettbewerb stehen. Deswegen irritiert es mich nicht nur als Demokraten, sondern auch als Christen, wenn ich in dem neuesten Grundsatzpapier der SPD aus der Feder von Herrn von Oertzen, dem Vorsitzenden der sogenannten Langzeit-Kommission, lese „Sozialismus und vollendete Demokratie sind gleichbedeutend“. Ich kann nur sagen: Soviel Selbstgewißheit habe ich für meine Partei nicht.

Hermann Ehlers hat einmal gesagt, wir meinten nicht, wir könnten die Bibel als ein politisches Rezeptbuch benutzen, aber wir versuchten – wir versuchten –, uns am Wort und Gebot Gottes zu orientieren. 20 Jahre später hieß es im 1. Bericht unserer Grundsatzkommission, den Richard von Weizsäcker dem Bundesparteitag 1972 vorgelegt hat: „Die Bibel ist kein Rezeptbuch für konkrete politische Entscheidungen. Aber sie lehrt uns, daß der Mensch sich nicht aus sich selbst heraus verwirklicht, sondern in der Hinwendung zum Nächsten

und in der Erkenntnis, daß sich ihrer beider Identität in einem Höheren erfüllt.“

Die Bibel als ideologiekritisches und befreiendes Potential

Was also bedeutet mir als Politiker die Bibel? Die Bibel sagt mir, daß ich diese Welt, diesen Staat, diese Gesellschaft ganz ernst nehmen soll; daß ich auf der Bühne, auf die ich gestellt bin, mit dem äußersten Einsatz mein Bestes geben soll; aber daß diese Gesellschaft und dieser Staat, ja, diese ganze Welt doch nicht das letzte sind; daß sie – ohne jede Einschränkung menschlicher Pflichten und Verantwortungen – nicht in unserer, sondern in Gottes Hand ruhen, solange er sie bestehen läßt. Die Bibel ruft mich in die Verantwortung für Frieden und Gerech-

tigkeit, aber sie sagt mir zugleich, daß es den wahren Frieden und die vollkommene Gerechtigkeit in dieser Welt nie geben wird. Die Bibel treibt mich deswegen gewiß nicht in die Resignation – im Gegenteil! Aber sie ist der große Lehrmeister für Realismus, Nüchternheit, Gelassenheit, auch Skepsis gegenüber den Dingen dieser Welt. Die Bibel schützt mich vor Ideologien und Illusionen, und sie bewahrt mich davor, nach Totalerklärungen für alle Lebensprobleme und Welträtsel zu suchen. Vor allem aber: Die Bibel sagt mir etwas von Gnade und Sündenvergebung, von Rechtfertigung und Erlösung.

Im 8. Kapitel der Apostelgeschichte wird uns von Philippus und dem Mann aus dem Mohrenland berichtet. Er war „ein Kämmerer und Gewaltiger der Königin Kandaze, welcher war über ihre ganze Schatzkammer“. Dieser Kämmerer, der aus dem heutigen Äthiopien kommt und dort sicher nicht nur Finanzminister, sondern ein

halber Bundeskanzler ist, läßt sich auf dem Wege nach Jerusalem von Philippus, den er unterwegs getroffen hat, den Propheten Jesaja auslegen. Er hört das Evangelium von Jesu, er läßt sich taufen, Philippus verläßt ihn wieder, und dann heißt es nur noch: „Er zog aber seine Straße fröhlich“. Wir erfahren nicht, wie lange der Kämmerer noch in seinem Amt geblieben ist, fast ist man versucht zu sagen: ob er die nächste Wahl gewonnen hat. Wir wissen nicht, mit welchen Problemen er sich herumzuplagen hatte: ob sein Haushalt ausgeglichen war, ob die Steuern hereinkamen, ob die Preise stabil waren. Es heißt nur, daß er, der ganz sicher den Kopf voller Sorgen hatte, nachdem und weil er das Evangelium gehört hatte, fröhlich seines Weges zog. Wie gut wäre es, wenn es uns allen so ginge, wie dem Kämmerer aus dem Mohrenland. Vielleicht heißt Politik und Bibel nicht zuletzt, daß uns die Bibel für unseren politischen Alltag fröhlich machen will.

Tagungshinweise

Auf zwei Tagungen möchten wir Sie noch ganz besonders hinweisen:

12. bis 14. Juni 1974

„Kirche als Körperschaft öffentlichen Rechts?“

Diese Tagung findet in der Evangelischen Akademie Loccum statt. Als Referenten wirken u. a. mit: Landesbischof Prof. D. Eduard Lohse, Hannover, Professor Dr. Axel Frhr. von Campenhausen, München,

Professor Dr. Ulrich Scheuner, Bonn-Bad Godesberg, neben Vertretern des DGB und der politischen Jugendverbände.

Interessenten wenden sich bitte direkt an die Evangelische Akademie, 3055 Loccum ü. Wunstorf, Telefon (0 57 66) 3 21.

Der Politische Club der Evangelischen Akademie Tutzing führt seine diesjährige Sommertagung unter dem Leitthema

„Strukturen der Macht – Strukturen des Friedens“ – Neue Qualitäten

internationaler Beziehungen vom 5. bis 11. Juli durch.

Bei diesem Treffen werden u. a. der Generalsekretär der CDU, Professor Dr. Kurt Biedenkopf, sowie der CSU-Vorsitzende, Dr. Franz-Josef Strauß, neben prominenten internationalen Vertretern aus Politik und Wirtschaft sprechen.

Anmeldungen richten Sie bitte direkt an den Politischen Club der Evangelischen Akademie Tutzing, 8132 Tutzing (Starnberger See), Telefon (0 81 58) 10 11.

EAK-Bundesvorstand neu gewählt

Auf der diesjährigen Sitzung des Bundesarbeitskreises des EAK wählten die Delegierten am 10. Mai in Bonn den neuen Bundesvorstand, wonach nunmehr für die Dauer von zwei Jahren folgende Damen und Herren dem Leitungsgremium des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU angehören:

Vorsitzender:

Dr. Gerhard Schröder, MdB

Stellvertretende Vorsitzende:

Dr. Werner Dollinger, MdB; Professor D. Dr. Wilhelm Hahn, MdL;

Kai-Uwe von Hassel, MdB; Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL

Beisitzer:

Dr. Philipp von Bismarck, MdB, Hannover; Ingeborg Geisendorfer, München; Professor Dr. Roman Herzog, Bonn; Dr. Hans Ulrich Klose, MdL, Korschenbroich; Gerd Langguth, Bonn; Albrecht Martin, MdL, Bad Kreuznach; Dr. Gottfried Mehnert, Kiel; Inge Steimann, Hamm; Friedrich Vogel, MdB, Warendorf; Dr. Hanna Walz, MdB, Fulda; Dr. Richard Frhr. von Weiz-

säcker, MdB, Bonn; Waltrud Willfeld, MdB, Bernkastel-Kues

Ehrenvorstandsmitglieder:

Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, Frankfurt

Dr. Walter Strauß, Baldham b. München

In der Bundesgeschäftsstelle des Arbeitskreises in 53 Bonn, Oberer Lindweg 2, Ruf (0 22 21) 20 23 06, 20 23 05 und 20 23 02, erreichen Sie folgende Mitarbeiter: Dr. Peter Egen, Geschäftsführer; Rudolf Jung-hans, Referent, und Frau Feist.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Evangelische Akademie Bad Boll **7325 Bad Boll ü. Göppingen**

28. bis 30. Juni 1974

Humanität in Technopolis –
Oder: Wird der Mensch zum
wichtigsten Rohstoff?

Evangelische Akademie Baden **75 Karlsruhe 1, Blumenstraße 7**

14. bis 16. Juni 1974

Kunst – Diesseitigkeit –
Transzendenz –
Tagung über das Verhältnis von
Religion und Kunst

Evangelische Akademie Berlin **1 Berlin 39, Königstraße 64 b**

21. bis 23. Juni 1974

Der 20. Juli 1944 –
Erbe und Verpflichtung

Evangelische Akademie **Kurhessen-Waldeck**

352 Hofgeismar,
Schlößchen Schönburg

22. und 23. Juni 1974

Die soziale Sicherung im Industrie-
zeitalter als Herausforderung an
Kirche und Gesellschaft

Melanchthon-Akademie Köln – **Evangelisches Bildungszentrum**

5 Köln, Kartäuserwall 24 b

Fordern Sie bitte – soweit Sie im
Kölner Raum wohnen – die Unter-
lagen für die Seminar-Abendveran-
staltungen direkt bei der Melanch-
thon-Akademie an.

Evangelische Akademie Loccum **3055 Loccum ü. Wunstorf**

21. bis 23. Juni 1974

Abitur und kein Studium –
Alternative tertiäre Bildungsgänge
für Abiturienten

Evangelische Akademie **Rheinland-Westfalen** – **Haus Ortlohn –**

586 Iserlohn (Westfalen),
Baarstraße 59–61

26. Juni 1974

Forum: Volkskirche – Freikirche –
Chancen und Grenzen

Evangelische Akademie **Rheinland-Westfalen** – **Haus der Begegnung –**

433 Mülheim (Ruhr),
Uhlenhorstweg 29

22. und 23. Juni 1974

Stadtplanung und humanes
Wohnen –

Tagung in Verbindung mit dem Amt
für Sozialethik und Sozialpolitik der
Evangelischen Kirche im Rheinland

Evangelische Akademie Oldenburg **2902 Rastede-Hankhausen,** **Heimvolkshochschule**

19. bis 21. Juni 1974

Arbeitsplatzsicherheit oder
Stabilität – eine Alternative? –
Studientagung in Zusammenarbeit
mit dem Sozialpfarramt der
Evangelisch-lutherischen Kirche in
Oldenburg

Evangelische Akademie Tutzing **8132 Tutzing (Starnberger See),** **Schloß**

5. bis 11. Juli 1974

XXI. Sommertagung des Politischen
Clubs der Evangelischen Akademie
Tutzing –

„Strukturen der Macht – Strukturen
des Friedens“ –

Neue Qualitäten internationaler
Beziehungen

Evangelische Akademie **im Saarland e. V.**

66 Saarbrücken 3, Brauerstraße 6–8

Da die Evangelische Akademie im
Saarland eine Reihe von Abend-
veranstaltungen und Seminaren in
den einzelnen Orten des Saarlan-
des durchführt, werden interessierte
Teilnehmer gebeten, sich direkt mit
der Akademie in Verbindung zu
setzen.

Das ausführliche Programm so-
wie weitere Unterlagen über die
Veranstaltungen der Akademien
fordern Sie doch bitte direkt bei
den Akademien an. Machen Sie
bitte von diesem Tagungsangebot
regen Gebrauch und weisen Sie
auf die Vielschichtigkeit der Aka-
demiearbeit auch innerhalb Ihres
Bekannt- und Freundeskreises
hin, da gerade auch die Präsenz im
vorpolitischen Raum von uns zu
Recht erwartet wird.

Aus unserer Arbeit

Frauen diskutieren **mit Evangelischem Arbeitskreis**

Zu einem ersten Kontaktgespräch
haben sich in Bonn der Vorstand
des Evangelischen Arbeitskreises
der CDU/CSU (EAK) und der
Leitungskreis der Evangelischen
Frauenarbeit in Deutschland getrof-
fen. Unter der Leitung des Vorsit-

zenden des EAK, Dr. Gerhard
Schröder, und der Vorsitzenden der
Evangelischen Frauenarbeit, Frau
Hildegard Zumach, diskutierten die
Gesprächsteilnehmer über das
Jugendhilfegesetz, über Probleme
der Kriegsdienstverweigerung und
das Verhältnis von Staat und Kirche.

Übereinstimmung bestand darin,
daß in der demokratischen Gesell-
schaft auf das gleichberechtigte Zu-
sammenwirken von staatlichen und
freien Trägern nicht verzichtet wer-
den kann.

Unsere Autoren

Staatssekretär
Prof. Dr. Roman Herzog
53 Bonn
Schedestraße 1–3

Dr. Konrad Kraske, MdB
53 Bonn-Röttgen
Lindenweg 26

Wir bringen jeweils die Anschriften der
Autoren, damit unseren Lesern die
Möglichkeit der direkten Kontaktauf-
nahme gegeben ist.

Leser- Briefe

Die hier geäußerten Meinungen brauchen nicht mit der Ansicht der Herausgeber oder der Redaktion übereinzustimmen.

Der Kindergarten - keine Aufgabe für die Kirche?

Es hat den Anschein, als wolle sich die Kirche langsam aber sicher aus dem Elementarbereich zurückziehen. In meinen Augen könnte sie kaum einen größeren Fehler machen. Beides – Behauptung und Wertung – muß zunächst einmal bewiesen werden. Es kann sein, daß das Ergebnis für einige Landeskirchen ungerecht ausfällt, weil die Prüfung natürlich an Hand der Fakten erfolgt, die meine Landeskirche, die Evangelische Kirche im Rheinland, setzt. Diese Fakten allerdings sind schlimm genug. Ein Beispiel:

In dem Stadtteil von Königswinter, in dem ich wohne, fehlt noch dringend ein weiterer Kindergarten mit zwei Gruppen à 30 Kinder. Die bisher vorhandenen Kindergärten stehen unter katholischer Trägerschaft. Die Stadt Königswinter ist – trotz kritischer Finanzlage – bereit, den Kindergarten zu bauen und einem freien Träger schlüsselfertig zu übergeben. Der evangelische Pfarrer und sein Presbyterium sind nicht abgeneigt, die Trägerschaft zu übernehmen, und stellen eine diesbezügliche Anfrage an das Landeskirchenamt Düsseldorf. Und nun geschieht das Unglaubliche: Das Landeskirchenamt verweist auf seine Rundverfügung vom 4. Juni 1973, nach der der zahlenmäßige Bestand der Kindergärten lediglich erhalten bleiben soll. Nur in dringenden Ausnahmefällen (Neubaugelände, soziale Brennpunkte, dringender Nachholbedarf etc.) befürwortet die Evangelische Kirche im Rheinland die Errichtung neuer Kindergärten. Wörtlich heißt es

dann weiter: „Die Übernahme des städtischen Kindergartens können wir ebenfalls nicht empfehlen. Sollten Sie dieses“ (etwa) „dennoch in Erwägung ziehen, bitten wir, die Richtlinien der Kirchenleitung über die Errichtung von Kindergärten vom 26. Juli 1960 (Vorschriftensammlung 42 S. 1) zu beachten. Hiernach ist vor einer eventuellen Übernahme des Kindergartens ein Gutachten des Diakonischen Werkes mit einer genauen Aufstellung der zu erwartenden Betriebskosten einzuholen.“

Die Konsequenz dieses Schreibens – ein Brief enthält normalerweise Anrede und Schlußformel; dieser nicht! – wird voraussichtlich sein, daß dieser evangelische Kindergarten nicht gebaut wird und daß die Kirche in einem Diasporagebiet eine große Chance verpaßt. Warum? Die „Empfehlungen der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland zur Kindergartenarbeit vom 12. April 1973“ geben darüber eigentlich keine Auskunft. Relativ vage Hinweise auf die bildungspolitische Situation, auf laufende Modellversuche und auf eine eventuelle Vorverlegung des Einschulungsalters können nicht ausreichen, diesen Rückzug der Kirche aus dem Elementarbereich zu rechtfertigen. Das diakonische Engagement der Kirche wird zwar in ihren Empfehlungen beschworen. Die Praxis aber wird bald anders aussehen. Im Bundesdurchschnitt konnten 1970 rund 192 von 1000 Kindern unter sechs Jahren Kindergartenplätze in Anspruch nehmen. Allein im Gebiet des hiesigen Landkreises fehlten 1973 noch 10 000 Kindergartenplätze. Um diesem dringenden Mangel abzuweichen, soll die Zahl der Kindergärten bis 1980 verdoppelt werden. Unter diesen Umständen bedeutet Stillstand praktisch eine prozentuale Halbierung der evangelischen Kindergärten. Die evangelischen Christen dürften dafür wenig Verständnis haben. Es gibt eine Umfrage, daß sie von ihrer Kirche gerade in diesem Bereich besonderes Engagement erwarten. 70 Prozent sehen hier sogar die wichtigste Aufgabe der Kirche. – Will die Kirche sich in Zukunft auf Verkündigung und Verwaltung konzentrieren? Das dürfte ihren Autoritätsverlust nicht ausgleichen. Sie hat eine entscheidende Mitverantwortung für das Gemeinwohl und die Liebe zum Nächsten als Aufgabe. Zur Pluralität gehört das

Ernstnehmen der Bedürfnisse unserer Mitbürger, gehört die konstruktive Ausformung unseres sozialen Rechtsstaates. Soll das an „laufenden Kosten“ von 500 DM pro Kind und Jahr scheitern, während die Kirche gleichzeitig an der 10prozentigen Kirchensteuer festhält? Wie wäre es, wenn sie wenigstens die Beträge, die ihr durch inflationsbedingte Kirchensteuerprogression zufließen, für Kindergartenneubauten zur Verfügung stellen würde? Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Ich bin für 10 Prozent Kirchensteuer, solange so dringende Aufgaben der Erfüllung harren. Aber dann gibt es nur die Konsequenz eines vollen und größtmöglichen Engagements im sozialen Elementarbereich. Ein Rückzug aus diesen gesellschaftsdiakonischen und sozialpädagogischen Aufgaben würde den Autoritätsverlust der Kirche vergrößern. Das gilt übrigens für beide Kirchen.

Ottfried Hennig
533 Königswinter-Stieldorf
Im Stieldorfer Feld 31

Bildungspolitik zwischen Chaos und Notstand

Es war einmal ein Professor Picht, der glaubte, die Zukunft berechnen zu können. Seine Hochrechnung ergab, daß Deutschland, hier speziell die Bundesrepublik, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein unterentwickeltes Land werde, wenn man nicht spontan die Abiturienten vermehre, wenn man nicht die alten Bildungszöpfe einer Humboldtschen Ära abschnitt. Die Bundesrepublik sei auf dem besten Wege, aus der Liste der Länder mit dem technischen „know how“ gestrichen zu werden. Es wurde Mode, über die schlechte Bildung, die allmählich zur Ausbildung umfunktioniert wurde, zu reden und zu schreiben. Wir waren „falsch programmiert“. Unsere Gesellschaft versagte in der Gegenwart vor der Zukunft. Die Tatsache, daß unser Land, als Rechtsnachfolger des ehemaligen Deutschen Reiches, trotz der jahrelang auferlegten Forschungsverbote auf sehr vielen Gebieten, trotz der „kostenlosen“ Zurverfügungstellung von Tausenden von Patenten in knapp 10 Jah-

ren sich wieder in die Reihe der Nationen emporgearbeitet hatte, die zu den höchstentwickelten zählen, daß die deutsche Währung sich Ende der 50er Jahre anschickte, zu einer der gesuchtesten und anerkanntesten Währungen zu werden, das wurde in der neuen nun aufgelegten Theorie nicht mehr erwähnt.

Die Politik der SPD und ihre Stellungnahmen gegen eine Wiederbewaffnung war nicht erfolgreich gewesen. Die junge Generation war im Grunde genommen politischer, als es viele Politiker wahrhaben wollten.

Nun wollte man es mit der Bildung versuchen. Mit der Angst um die Zukunft begann das Geschäft.

Dem Heranwachsenden wurde fortwährend glaubhaft gemacht, daß sein Lebensstandard zukünftig nicht zu halten sei, wenn nicht schleunigst mit der Bildungsreform begonnen würde. Der Bildungsnotstand wurde ausgerufen, und zwar in propagandistisch zündender Form. Während sich Professor Dr. Ludwig Erhard mit der formierten Gesellschaft befaßte, ihr, oder besser jedem, mehr Lebensqualität, mehr Geld, mehr Freiheit und damit auch eine bessere Bildung und Ausbildung geben wollte, wurde er mit dem primitiven Schlachtruf des Bildungsnotstandes überrollt.

Da man nun den Intelligenzquotienten – falls man Intelligenz überhaupt messen kann – nicht in kurzer Zeit beliebig vergrößern kann, verfiel man auf den Trick, das auf dem Erlaßwege zu tun, indem Leistung – die allmählich für suspekt deklariert wurde – herabgewürdigt wurde. Das Hochschulreifezeugnis, früher nur mit ausreichenden Noten zu erlangen, kann man heute mit einer mangelhaften Note bekommen. Nur ist heute das Hochschulreifezeugnis nicht mehr unbedingt die Qualifikationsurkunde für ein wissenschaftliches Studium. Jetzt ist es der Notendurchschnitt. Die begrenzte Zahl der Studienplätze aber war schon bekannt, als die Zahl der Abiturienten sich erhöhte. Nun, auch die Zahl der Studienplätze läßt sich erhöhen, aber läßt sich auch die Zahl der Arbeitsplätze mit dem entsprechenden Lohn beliebig erhöhen?

So schrieb 1970 Karl Steinbuch im „Programm 2000“ S. 46: „Die chemische Industrie in der Bundes-

republik hat keine Angst vor morgen, sie hat aber Sorgen um den Nachwuchs.“ „Der Nachschub von den Universitäten und Technischen Hochschulen reicht bei weitem nicht aus.“ Jeder, der die Materie kennt, weiß, daß die chemische Industrie den akademischen Nachwuchs nicht zu dem adäquaten Lohn aufnehmen kann.

Nachdem mit dem Schlagwort „Bildungsnotstand“ die Masse der Schüler und Auszubildenden mobil gemacht werden konnte, sahen die Politiker darin die Möglichkeit, ihre Chancen bei den Heranwachsenden – insbesondere den Jungwählern – zu verbessern. Wie so oft genügten einige Versprechungen, die, wer die notwendigen Erfahrungen besaß, als nicht in die Tat umsetzbar sofort erkannte.

Aber wer läßt sich denn besser auf die utopische Zukunft programmieren als die Jugend? Massenpsychologie beherrschen die Politiker auch heute noch. Selbst der zum Politikunterricht umfunktionierte Geschichtsunterricht hat die junge Generation nicht störungsfälliger gemacht.

Da aber steckt der Kern aller Bildungspolitik. Es geht nicht um eine qualifizierte Ausbildung, es geht schlicht um die Änderung der menschlichen Gesellschaft. Es geht darum, eine sozialistische Gesellschaft zu formen.

Es ist erstaunlich, daß die beiden christlichen Kirchen sich nicht stärker zur Wehr setzen, denn in einer kommunistisch-sozialistischen Gesellschaft ist kein Platz für christliche Ideen und Grundsätze. Die 10 Gebote passen nicht in diese Lebensqualitäten. Zum Beispiel: Du sollst nicht töten! – § 218.

Das alles wird kaschiert durch die These: Es ist unverantwortlich, daß durch das bestehende System die unterprivilegierte Schicht von den Herrschenden immer weiter ausgebeutet wird, die Gesellschaft sich in der Herrschaftsverteilung immer wieder reproduziert.

In Wahrheit geht es um die Einführung der kommunistischen Welt Herrschaft.

Wer protestiert denn schon, wenn ein DDR-Flüchtling an der Zonengrenze automatisch erschossen wird?

Man hat hochgerechnet, man hat versprochen, was nicht einzuhalten war, und wußte dies von Anfang an. Die Zustände nahmen und neh-

men in den Gymnasien, in den Universitäten und Technischen Hochschulen Zustände an, die nicht mehr gesteuert werden können.

Was aber erst, wenn die Jungakademiker keine Stelle finden, denn die Stellen sind nicht per Erlaß beliebig vermehrbar, was, wenn die Absolventen der Universitäten in eine Rezession geraten, wenn die Firmen schon ihren „Renommierakademiker“ – Soziologen – besitzen? Die Bildungs-ideologen sollten sich hier und heute bindend äußern.

Was aber könnte denn ein Ausweg sein? Sicherlich, wenn die Ausbildung über den Beruf attraktiver, gangbarer wird. Das Dilemma unserer Bildung, man sollte hierunter die Verlebendigung der vergangenen und gegenwärtigen Kultur verstehen, dazu gehört auch das Berufsleben, und unserer Ausbildung ist die Ferne von dem Berufsleben. Früher, als der Jugendliche auf dem Dorf aufwuchs, da stand er von frühester Jugend mitten in dem Leben, in dem er sich später bewähren mußte. Dieser Lernprozeß lief ohne staatliche Intendanz ganz von selbst. Mit der Umstellung auf industrielle Produktion ging diese Ausbildungsform verloren und der radikal schulische, nach Möglichkeit nur geisteswissenschaftliche Weg, wurde der allein seligmachende, der zum Erfolg verhalf.

Dieser Weg läuft über das Gymnasium und nicht über den Beruf, so meinen die Berufspolitiker und Bildungstheoretiker. Es ist eigentlich eine Kuriosität, daß die Politiker, die den Arbeiter zu vertreten vorgeben, den Weg, den sie selbst oft gegangen sind, für nicht opportun erklären. Man hätte das Umgekehrte erwarten sollen. Im Wirtschaftsleben hat sich bis heute der Weg nach oben, zum Erfolg, über die berufliche Bewährung erhalten.

Jener Ausbildungsweg, der in den 50er Jahren in Deutschland aufgebaut worden war, um den uns ausländische Bildungsexperten beneideten, nämlich der sogenannte zweite Bildungsweg, wurde bewußt zerschlagen. Man hätte ihn besser ausbauen sollen.

Es bedarf der Anstrengungen aller gemäßigten Bildungspolitiker daher, sich zusammenzuraufen, um der sich immer stärker abzeichnenden Katastrophe entgegenzuwirken.

Dr.-Ing. Erich Wolf
401 Hilden, Gartenstr. 13

„C“ bleibt Chance

Auf der diesjährigen Landestagung der Jungen Union Rheinland am 4. Mai 1974 in Mülheim (Ruhr) forderte der stellvertretende Landesvorsitzende des EAK-Rheinland, Dr. Horst Waffenschmidt, MdB, als aktuelle Dienstaufgabe der Union die aktive und kämpferische Umsetzung der christlich-sozialen Grundverpflichtung in konkrete Politik. Wir geben nachstehend seine Ausführungen teilweise wieder.

Wir müssen unser geistiges Konzept, das für unsere Arbeit maßgeblich ist, wieder neu und verstärkt deutlich machen; denn nur der wird auf Dauer die politische Führung in unserem Land bekommen bzw. behalten, der auch die geistige Führung hat. Zu dieser Aufgabe ist die Union gerade in einer Zeit wachsenden Vertrauens der Bürger aufgerufen. Darum ist es sehr zu begrüßen und zu unterstützen, daß die Arbeiten der Bundespartei für eine neue Formulierung der Grundsatzaussage der CDU kräftig vorangetrieben werden.

Wir wollen wieder neu deutlich machen, daß unsere Entwürfe zur

Bildungspolitik, zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum sozialen Ausgleich nicht einer kurzatmigen Interessenwahrnehmung, sondern einer Haltung entspringen, die uns unser christlich-sozialer Auftrag aufgibt. Ja, ich spreche heute hier bewußt diese unsere christlich-soziale Grundverpflichtung an, weil wir aus ihr die Freiheit, die Dynamik und den langen Atem beziehen, die uns tüchtig machen, dieses Land auch in schwierigen Zeiten zu regieren. Das wollen wir gerade jetzt hier im Rheinland aussprechen; denn wir stehen hier in besonderem Maße unter dem Vermächtnis dieser Grundsatzausrichtung, was wir nie vergessen dürfen. Gerade die junge Generation, die jetzt verstärkt zu uns stößt, fragt: Aus welchem Grund tut ihr dies, laßt ihr jenes, wo ist die Grundlage Eures Handelns? Dies Fragen brauchen wir nicht zu enttäuschen! Aus der christlichen Botschaft dürfen wir wissen: Ziel, Ansporn und Verpflichtung unseres Handelns ist der Mensch in seiner Einmaligkeit, Freiheit und Verantwortlichkeit vor Gott und den Menschen. Das ist das krasse Gegenteil zu einer Ideologie, die nur noch in Systemen und

Klassen denkt und die Position des Menschen im Grunde daraus erst ableitet.

Ich sage es ganz offen, das „C“ ist nach wie vor eine große Chance für uns, nicht im Sinne eines falschen Machtanspruchs, sondern als aktuelle Dienstaufgabe mit der Bereitschaft, den Menschen nicht nur mit Staatszwang und -planung anzusprechen, sondern auch mit dem Gefühl für Liebe und Toleranz, für Barmherzigkeit und Solidarität. Viele unserer Mitbürger warten darauf! Sollten wir als Union das nicht deutlich aussprechen, so werden andere kommen, unsere Begriffe okkupieren und sie mit ihren politischen Inhalten erfüllen.

Wir wollen auch den Bürgern deutlich machen, daß wir aus unserer grundsätzlichen Haltung die Kraft gewinnen, falsche und unnötige Polarisierung in unserer Gesellschaft abzubauen, daß wir die Freiheit haben zu einer offenen Gesellschaft, die in Methoden und Zielen nicht von vornherein ideologisch festgelegt ist, und daß wir so am besten einem soliden Fortschritt für den Bürger dienen. In diesem Sinne wollen wir insbesondere die junge Generation ansprechen. Ich rufe Sie auf, mit neuem Engagement politische und persönliche Impulse zu geben für eine freiheitliche und verantwortliche Bürgergemeinschaft als Alternative zum sozialistischen Kollektiv.

EAK – CDU Baden:

Am 22. Juni findet die diesjährige Landestagung des EAK der CDU Baden in Karlsruhe statt.

Im Mittelpunkt dieser Landestagung stehen Referate des Stuttgarter Ministerpräsidenten Dr. Filbinger, MdL, und des EAK-Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Schröder, MdB.

Nähere Auskünfte erteilt der geschäftsführende Vorsitzende des EAK Baden:

Friedrich Reiner,
7801 Sölden, Dorfstraße 26
Telefon: (07 61) 40 42 39

EAK – CDU Württemberg:

Am 29. Juni findet in Reutlingen die diesjährige Landestagung des EAK der CDU Württemberg statt. Der stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende Kal-Uwe von Hassel, MdB, wird neben der Reutlinger Tagung auch auf weiteren Veranstaltungen des EAK in Württemberg sprechen.

Interessenten wenden sich wegen der Zusendung des Gesamtprogramms an den Vorsitzenden des EAK der CDU Württemberg:

Rechtsanwalt Arved Deringer,
7 Stuttgart 80, Freibadstraße 93,
Telefon: (07 11) 73 33 44

EAK- Landestagungen in Karlsruhe und Reutlingen

Kurz notiert

FDP Schleswig-Holstein für Trennung von Kirche und Staat

Die Freien Demokraten Schleswig-Holsteins haben sich die 14 FDP-Thesen zur Reform des Verhältnisses von Kirche und Staat weitgehend zu eigen gemacht. Auf ihrem Landesparteitag in Bad Segeberg verabschiedeten die Delegierten das „Kirchenpapier“ teils unverändert, teils mit leichten Modifikationen. Die besonders umstrittenen Forderungen nach Aufhebung des Status der Kirchen als Körperschaft des öffentlichen Rechts, nach einer vereinsrechtlichen Beitritts- und Austrittsregelung, nach Abschaffung des Kirchensteuer-Systems und Fortfall des Subsidiaritäts-Prinzips in der Sozialgesetzgebung wurden der Sache nach voll unterstützt. Die Präambel zu den 14 Thesen wurde im Wortlaut gebilligt.

Neuer Vorstand

Die Evangelische Akademikerschaft in Deutschland wählte in Hofgeismar ihren neuen Vorstand. 1. Vorsitzender wurde der Kölner Verleger Dr. jur. Hans Martin Schmidt anstelle von Dr. Karl Müller-Gliemann. Die 1. Vorsitzende wurde Oberstaatsanwältin Dr. Barbara Just-Dahlmann aus Mannheim als Nachfolgerin von Hildegard Zumach (Berg.-Gladbach).

„Konservative“ Kirchen verzeichnen überdurchschnittlichen Zulauf in den USA

Der Anteil der Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten hat in den vergangenen 20 Jahren um etwa vier Prozent zugenommen. Dabei lag die Zuwachsrate der meisten theologisch als „liberal“ und „gemäßigt“ geltenden Kirchen unter der Bevölkerungszunahme von 35 Prozent, während viele „konservative“ und „evangelikale“ Kirchen

einen größeren Mitgliederzustrom verzeichneten. Das geht aus der ersten umfassenden Untersuchung über Kirchenmitgliedschaft in den USA hervor, deren Ergebnisse jetzt bekannt wurden. Wie Douglas W. Johnson vom Nationalrat der Kirchen, einer der Herausgeber, betonte, ist dieser Trend allerdings nicht ganz einheitlich. Auch müsse berücksichtigt werden, daß die Studie sich auf drei Jahre alte Zahlen stütze.

Kirchentag: Vorerst keine Gespräche mit Bekenntnisbewegung

Der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) wird vorerst keine offiziellen Gespräche mit der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ über deren Einstellung zum Kirchentag führen. Wie Gerhard Schnath (Fulda), Pastor im DEKT, vor dem Landesausschuß Hannover des Kirchentags ausführte, werden die Erfolgchancen für ein solches Gespräch von Seiten des Kirchentags zur Zeit gering eingeschätzt. Es sei zu befürchten, daß sich die ablehnende Haltung der Bekenntnisbewegung gegenüber dem Kirchentag bei Gesprächen, die über ein Jahr vor dem im Sommer 1975 in Frankfurt stattfindenden Kirchentag geführt werden, verhärtet könnte.

Schnath erklärte, daß dagegen mit einzelnen führenden Persönlichkeiten der Bekenntnisbewegung Gespräche über die Problematik des Kirchentags geführt werden. Die Arbeitsgemeinschaft für Missionarische Dienste bemühe sich außerdem um einen Brückenschlag zwischen DEKT und Bekenntnisbewegung. Ziel der Gespräche sei es, daß beide Seiten das Recht jeder Gruppe, sich zu versammeln, anerkennen. Eine Diffamierung der jeweils anderen Gruppe solle ein Ende haben.

Die Polarisierung zwischen Bekenntnisbewegung und DEKT solle nicht durch Verbalinjurien weiter verstärkt werden, meinte Schnath. Der Kirchentag bemühe sich dabei zu zeigen, daß er ein Forum ist, in dem jede Gruppe ihr Zeugnis ablegen kann. Nach Meinung Schnaths sollte sich die Bekenntnisbewegung durch einige der Themenstellungen des Frankfurter Kirchentags herausgefordert fühlen.

Evangelische Unternehmer und Arbeitnehmer über Mitbestimmung uneinig

Unterschiedliche Auffassungen zum Thema Mitbestimmung sind bei einem Gespräch zwischen der Bundesleitung des Bundesverbandes Evangelischer Arbeitnehmer (BEA) und dem Vorstand des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer (AEU) zum Ausdruck gekommen. Der Vorsitzende der BEA, Horst Leichtenberger, vertrat die Auffassung, daß es nicht mehr darum gehe, ob Mitbestimmung in den Unternehmen einzuführen sei, sondern vielmehr darum, wie die Gleichgewichtigkeit der Arbeitnehmer-Vertreter gegenüber denen der Anteilseigner gestaltet werde. Als Sprecher der AEU meinten Dr. Wolfgang Heintzeler und Dr. Wilhelm Imhoff, die evangelischen Unternehmer bejahten zwar die Gleichgewichtigkeit, lehnten aber gerade deshalb die Parität im Aufsichtsrat ab, da sie in Verbindung mit der Tätigkeit der Betriebsräte und der sozialpolitischen Gesetzgebung zu einem Übergewicht des Gewerkschaftseinflusses führe. Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer in der Bejahung der am Wettbewerb orientierten Marktwirtschaft mit sozialer Verpflichtung. Der in Frankfurt begonnene Gesprächskontakt soll fortgesetzt werden.

Lage der Kirchenpresse spitzt sich zu

Auf die negativen Auswirkungen der Rationalisierungspläne der Bundespost auf die Kirchenpresse hat die in Kiel und Lübeck erscheinende „Nordelbische Kirchenzeitung“ hingewiesen. Das Blatt fordert die Post auf, von der im Zuge der Rationalisierung vorgesehenen Einschränkung des Postzeitungsdienstes abzusehen, von der gerade die kirchlichen Blätter stark betroffen würden. Außerdem müßten Zeitschriften von der Mehrwertsteuer befreit werden, wie dies in den meisten Ländern der Europäischen Gemeinschaft der Fall sei. Schließlich verlangt die „Nordelbische Kirchenzeitung“ maßvolle Postgebühren für die Presse. In der Zeit

„C“ bleibt Chance

Auf der diesjährigen Landestagung der Jungen Union Rheinland am 4. Mai 1974 in Mülheim (Ruhr) forderte der stellvertretende Landesvorsitzende des EAK-Rheinland, Dr. Horst Waffenschmidt, MdB, als aktuelle Dienstaufgabe der Union die aktive und kämpferische Umsetzung der christlich-sozialen Grundverpflichtung in konkrete Politik. Wir geben nachstehend seine Ausführungen teilweise wieder.

Wir müssen unser geistiges Konzept, das für unsere Arbeit maßgeblich ist, wieder neu und verstärkt deutlich machen; denn nur der wird auf Dauer die politische Führung in unserem Land bekommen bzw. behalten, der auch die geistige Führung hat. Zu dieser Aufgabe ist die Union gerade in einer Zeit wachsenden Vertrauens der Bürger aufgerufen. Darum ist es sehr zu begrüßen und zu unterstützen, daß die Arbeiten der Bundespartei für eine neue Formulierung der Grundsatzaussage der CDU kräftig vorangetrieben werden.

Wir wollen wieder neu deutlich machen, daß unsere Entwürfe zur

Bildungspolitik, zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum sozialen Ausgleich nicht einer kurzatmigen Interessenwahrnehmung, sondern einer Haltung entspringen, die uns unser christlich-sozialer Auftrag aufgibt. Ja, ich spreche heute hier bewußt diese unsere christlich-soziale Grundverpflichtung an, weil wir aus ihr die Freiheit, die Dynamik und den langen Atem beziehen, die uns tüchtig machen, dieses Land auch in schwierigen Zeiten zu regieren. Das wollen wir gerade jetzt hier im Rheinland aussprechen; denn wir stehen hier in besonderem Maße unter dem Vermächtnis dieser Grundsatzausrichtung, was wir nie vergessen dürfen. Gerade die junge Generation, die jetzt verstärkt zu uns stößt, fragt: Aus welchem Grund tut ihr dies, laßt ihr jenes, wo ist die Grundlage Eures Handelns? Dies Fragen brauchen wir nicht zu enttäuschen! Aus der christlichen Botschaft dürfen wir wissen: Ziel, Ansporn und Verpflichtung unseres Handelns ist der Mensch in seiner Einmaligkeit, Freiheit und Verantwortlichkeit vor Gott und den Menschen. Das ist das krasse Gegenteil zu einer Ideologie, die nur noch in Systemen und

Klassen denkt und die Position des Menschen im Grunde daraus erst ableitet.

Ich sage es ganz offen, das „C“ ist nach wie vor eine große Chance für uns, nicht im Sinne eines falschen Machtanspruchs, sondern als aktuelle Dienstaufgabe mit der Bereitschaft, den Menschen nicht nur mit Staatszwang und -planung anzusprechen, sondern auch mit dem Gefühl für Liebe und Toleranz, für Barmherzigkeit und Solidarität. Viele unserer Mitbürger warten darauf! Sollten wir als Union das nicht deutlich aussprechen, so werden andere kommen, unsere Begriffe okkupieren und sie mit ihren politischen Inhalten erfüllen.

Wir wollen auch den Bürgern deutlich machen, daß wir aus unserer grundsätzlichen Haltung die Kraft gewinnen, falsche und unnötige Polarisierung in unserer Gesellschaft abzubauen, daß wir die Freiheit haben zu einer offenen Gesellschaft, die in Methoden und Zielen nicht von vornherein ideologisch festgelegt ist, und daß wir so am besten einem soliden Fortschritt für den Bürger dienen. In diesem Sinne wollen wir insbesondere die junge Generation ansprechen. Ich rufe Sie auf, mit neuem Engagement politische und persönliche Impulse zu geben für eine freiheitliche und verantwortliche Bürgergemeinschaft als Alternative zum sozialistischen Kollektiv.

EAK – CDU Baden:

Am 22. Juni findet die diesjährige Landestagung des EAK der CDU Baden in Karlsruhe statt.

Im Mittelpunkt dieser Landestagung stehen Referate des Stuttgarter Ministerpräsidenten Dr. Filbinger, MdL, und des EAK-Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Schröder, MdB.

Nähere Auskünfte erteilt der geschäftsführende Vorsitzende des EAK Baden:

Friedrich Reiner,
7801 Sölden, Dorfstraße 26
Telefon: (07 61) 40 42 39

EAK – CDU Württemberg:

Am 29. Juni findet in Reutlingen die diesjährige Landestagung des EAK der CDU Württemberg statt. Der stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende Kal-Üwe von Hassel, MdB, wird neben der Reutlinger Tagung auch auf weiteren Veranstaltungen des EAK in Württemberg sprechen.

Interessenten wenden sich wegen der Zusendung des Gesamtprogramms an den Vorsitzenden des EAK der CDU Württemberg:

Rechtsanwalt Arved Deringer,
7 Stuttgart 80, Freibadstraße 93,
Telefon: (07 11) 73 33 44

EAK- Landestagungen in Karlsruhe und Reutlingen

FDP Schleswig-Holstein für Trennung von Kirche und Staat

Die Freien Demokraten Schleswig-Holsteins haben sich die 14 FDP-Thesen zur Reform des Verhältnisses von Kirche und Staat weitgehend zu eigen gemacht. Auf ihrem Landesparteitag in Bad Segeberg verabschiedeten die Delegierten das „Kirchenpapier“ teils unverändert, teils mit leichten Modifikationen. Die besonders umstrittenen Forderungen nach Aufhebung des Status der Kirchen als Körperschaft des öffentlichen Rechts, nach einer vereinsrechtlichen Beitritts- und Austrittsregelung, nach Abschaffung des Kirchensteuer-Systems und Fortfall des Subsidiaritäts-Prinzips in der Sozialgesetzgebung wurden der Sache nach voll unterstützt. Die Präambel zu den 14 Thesen wurde im Wortlaut gebilligt.

Neuer Vorstand

Die Evangelische Akademikerschaft in Deutschland wählte in Hofgeismar ihren neuen Vorstand. 1. Vorsitzender wurde der Kölner Verleger Dr. jur. Hans Martin Schmidt anstelle von Dr. Karl Müller-Gliemann. Die 1. Vorsitzende wurde Oberstaatsanwältin Dr. Barbara Just-Dahlmann aus Mannheim als Nachfolgerin von Hildegard Zumach (Berg.-Gladbach).

„Konservative“ Kirchen verzeichneten überdurchschnittlichen Zulauf in den USA

Der Anteil der Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten hat in den vergangenen 20 Jahren um etwa vier Prozent zugenommen. Dabei lag die Zuwachsrate der meisten theologisch als „liberal“ und „gemäßigt“ geltenden Kirchen unter der Bevölkerungszunahme von 35 Prozent, während viele „konservative“ und „evangelikale“ Kirchen

einen größeren Mitgliederzustrom verzeichneten. Das geht aus der ersten umfassenden Untersuchung über Kirchenmitgliedschaft in den USA hervor, deren Ergebnisse jetzt bekannt wurden. Wie Douglas W. Johnson vom Nationalrat der Kirchen, einer der Herausgeber, betonte, ist dieser Trend allerdings nicht ganz einheitlich. Auch müsse berücksichtigt werden, daß die Studie sich auf drei Jahre alte Zahlen stütze.

Kirchentag: Vorerst keine Gespräche mit Bekenntnisbewegung

Der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) wird vorerst keine offiziellen Gespräche mit der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ über deren Einstellung zum Kirchentag führen. Wie Gerhard Schnath (Fulda), Pastor im DEKT, vor dem Landesausschuß Hannover des Kirchentags ausführte, werden die Erfolgchancen für ein solches Gespräch von seiten des Kirchentags zur Zeit gering eingeschätzt. Es sei zu befürchten, daß sich die ablehnende Haltung der Bekenntnisbewegung gegenüber dem Kirchentag bei Gesprächen, die über ein Jahr vor dem im Sommer 1975 in Frankfurt stattfindenden Kirchentag geführt werden, verhärten könnte.

Schnath erklärte, daß dagegen mit einzelnen führenden Persönlichkeiten der Bekenntnisbewegung Gespräche über die Problematik des Kirchentags geführt werden. Die Arbeitsgemeinschaft für Missionarische Dienste bemühe sich außerdem um einen Brückenschlag zwischen DEKT und Bekenntnisbewegung. Ziel der Gespräche sei es, daß beide Seiten das Recht jeder Gruppe, sich zu versammeln, anerkennen. Eine Diffamierung der jeweils anderen Gruppe solle ein Ende haben.

Die Polarisierung zwischen Bekenntnisbewegung und DEKT solle nicht durch Verbalinjurien weiter verstärkt werden, meinte Schnath. Der Kirchentag bemühe sich dabei zu zeigen, daß er ein Forum ist, in dem jede Gruppe ihr Zeugnis ablegen kann. Nach Meinung Schnaths sollte sich die Bekenntnisbewegung durch einige der Themenstellungen des Frankfurter Kirchentags herausgefordert fühlen.

Evangelische Unternehmer und Arbeitnehmer über Mitbestimmung uneinig

Unterschiedliche Auffassungen zum Thema Mitbestimmung sind bei einem Gespräch zwischen der Bundesleitung des Bundesverbandes Evangelischer Arbeitnehmer (BEA) und dem Vorstand des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer (AEU) zum Ausdruck gekommen. Der Vorsitzende der BEA, Horst Leichtenberger, vertrat die Auffassung, daß es nicht mehr darum gehe, ob Mitbestimmung in den Unternehmen einzuführen sei, sondern vielmehr darum, wie die Gleichgewichtigkeit der Arbeitnehmer-Vertreter gegenüber denen der Anteilseigner gestaltet werde. Als Sprecher der AEU meinten Dr. Wolfgang Heintzeler und Dr. Wilhelm Imhoff, die evangelischen Unternehmer bejahten zwar die Gleichgewichtigkeit, lehnten aber gerade deshalb die Parität im Aufsichtsrat ab, da sie in Verbindung mit der Tätigkeit der Betriebsräte und der sozialpolitischen Gesetzgebung zu einem Übergewicht des Gewerkschaftseinflusses führe. Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer in der Bejahung der am Wettbewerb orientierten Marktwirtschaft mit sozialer Verpflichtung. Der in Frankfurt begonnene Gesprächskontakt soll fortgesetzt werden.

Lage der Kirchenpresse spitzt sich zu

Auf die negativen Auswirkungen der Rationalisierungspläne der Bundespost auf die Kirchenpresse hat die in Kiel und Lübeck erscheinende „Nordelbische Kirchenzeitung“ hingewiesen. Das Blatt fordert die Post auf, von der im Zuge der Rationalisierung vorgesehenen Einschränkung des Postzeitungsdienstes abzusehen, von der gerade die kirchlichen Blätter stark betroffen würden. Außerdem müßten Zeitschriften von der Mehrwertsteuer befreit werden, wie dies in den meisten Ländern der Europäischen Gemeinschaft der Fall sei. Schließlich verlangt die „Nordelbische Kirchenzeitung“ maßvolle Postgebühren für die Presse. In der Zeit

zwischen Juli 1973 und Februar 1974 hätten sich die Kosten der Kirchenblätter um durchschnittlich 16,5 Prozent erhöht. Den Höhepunkt werde die Kostenbelastung am 1. Januar 1975 erreichen, wenn die Postgebühren für die Presse um bis zu 46 Prozent steigen. Schon jetzt sei bei keinem kirchlichen Blatt eine volle Kostendeckung zu erreichen.

Claß rechnet nicht mit Verschlechterung des Verhältnisses Staat/Kirche

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof D. Helmut Claß, rechnet nicht damit, daß sich das Verhältnis zwischen den evangelischen Kirchen und den beiden Bonner Regierungsparteien verschlechtern wird, nachdem sich der Bundestag für die Fristenregelung entschieden hat. In der Sendung „Aus gegebenem Anlaß – Christentum in dieser Zeit“ des Norddeutschen Rundfunks sagte Claß, der Rat der EKD sei „nach wie vor bereit, zum Gespräch und zur Zusammenarbeit mit jeder Regierung, wo immer dies gewünscht und zum Wohl des Menschen in unserem Land möglich und nötig“ ist. Der Ratsvorsitzende unterstrich, daß er die Entscheidung des Bundestages bedauere. Aber evangelische Christen seien auch dann loyale Staatsbürger, wenn sie ihrer Meinung nach „eine schwerwiegende politische Entscheidung nicht richtig finden“. Claß hofft, daß der Staat seinerseits es respektiert, wenn Ärzte und Krankenschwestern in evangelischen Krankenhäusern es aus Gewissensgründen ablehnen, gesetzlich erlaubte Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen.

Wenig brüderlich

Der ehemalige Regierungssprecher SPD-Bundestagsabgeordneter Conrad Ahlers mußte vor dem Bonner Amtsgericht gegen seinen Parteigenossen Bundeswissen-

schaftsminister Klaus von Dohnanyi eine Niederlage einstecken. Das Zivilgericht wies durch Urteil den Antrag von Ahlers auf einstweilige Verfügung zurück, Dohnanyi zu untersagen, sein Grundstück zu betreten oder betreten zu lassen.

Die beiden streitenden SPD-Genossen besitzen in Bonn-Ippendorf nebeneinanderliegende Anwesen. Stein des Anstoßes wurde ein 2,70 Meter breiter Weg über das Ahlers-

zweiten Grundstück zu gelangen, das über einen gesonderten Zugang verfüge. Für das zweite Grundstück habe er jedoch kein Wegerecht eingeräumt, betonte Ahlers.

Das Bonner Amtsgericht erklärte in seiner Urteilsbegründung, Ahlers habe nicht glaubhaft machen können, daß Dohnanyi widerrechtlich sein Grundstück betrete. Das Haus auf dem ersten Grundstück sei noch nicht fertiggestellt. Dohnanyi müsse daher sein Wegerecht in Anspruch nehmen, um die Bauarbeiten fertigstellen zu lassen und zu überprüfen.

CDU-Grundsatzkommission arbeitet bereits

In Bonn hat die Grundsatzkommission der CDU ihre Arbeit aufgenommen. Unter der Leitung ihres Vorsitzenden, Dr. Richard von Weizsäcker, MdB, ist auf der konstituierenden Sitzung mit der Behandlung der folgenden Themenbereiche begonnen worden:

Grundwerte;
Die Soziale Wirtschaftsordnung;
Der Mensch in Familie, Gemeinde, Gesellschaft;
Staat, Demokratie, Verfassung;
Deutschland und die Welt.

Die Arbeitsergebnisse, die von der Kommission bis Ende 1975 oder Anfang 1976 erzielt worden sind, sollen der Öffentlichkeit im Frühjahr 1976 auf einem Kongreß in Berlin („Forum 76“) vorgestellt werden. Die Ergebnisse – auch dieses Kongresses – werden sodann den Gliederungen der Partei zur Diskussion und Stellungnahme zugeleitet. Nach der Bundestagswahl 1976 soll sich ein Bundestag vorrangig mit der Grundsatzarbeit der CDU beschäftigen.

Mitglieder der Grundsatzkommission sind außer Dr. von Weizsäcker die Herren Dr. Albrecht, Dr. Blüm, Prof. Dr. Buchheim, Dr. Geissler, Hasinger, Dr. Heck, Prof. Dr. Kewenich, Langguth, Pfeifer, Schäfer, Schönbohm, Dr. Schwarz-Schilling sowie Frau Dr. Laurien.

Die Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen, Iserlohn, Haus Ortlahn, lädt ein zu einer

Studienfahrt nach USA

in der Zeit vom 6. bis 19. September 1974.

Die Reise wird insbesondere den Raum Chicago berühren und steht unter dem Motto:

„Christians Meet Christians in Action“.

Der voraussichtliche Teilnehmerpreis beträgt 1285 DM. Anmeldungen richten Sie bitte umgehend an die

Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen, Haus Ortlahn, 586 Iserlohn, Baarstraße 59-61, Telefon: (0 23 71) 39 06 und 39 07 und nehmen Sie bitte Bezug auf den Hinweis in der EV.

Für Interessenten dieser USA-Studienfahrt findet am Mittwoch, dem 26. Juni 1974 um 16.30 Uhr, eine Vorbereitungsstägung in Iserlohn statt.

Grundstück zu dem seines Nachbarn. Ahlers hatte dieses Wegerecht 1970/71 eingeräumt, da Dohnanyi nur auf diesem Weg zu seinem Grundstück gelangen konnte. Ärger gab es, als Dohnanyi ein an sein erstes Grundstück angrenzendes zweites Grundstück erwarb und bebaute. Ahlers beklagte sich darüber, daß Dohnanyi für sich und seine Besucher das ihm eingeräumte Wegerecht für das erste Grundstück dazu benutzte, um zum